



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/165

11. November 1949

Unfähig und unaufrichtig

sp. Die Liste der schwarzen Tage des jungen Parlamentes in Bonn ist durch den letzten Donnerstag um einen besonders unerfreulichen Posten erweitert worden. Es hat keinen Zweck, über solche Vorgänge möglichst geräuschlos hinwegzugehen, wenn man die ernste Absicht hat, aus Fehlern zu lernen. Leider sind es vor allem Fehler in der Gesinnung, die sichtbar wurden und diese sind besonders schwer abzuliegen.

Es handelt sich vor allem um zwei Dinge. Zunächst um die Handhabung der präsidentialen Vollmacht im Bundestag durch Herrn Köhler.

Wenn selbst die Fraktion der zur Regierung gehörenden FDP offiziell feststellt: "Die Fraktion bedauert den Verlauf der heutigen Plenarsitzung, die dem Ansehen des jungen Parlamentes schweren Schaden zufügte. Sie misst die Schuld daran in erster Linie dem Präsidenten des Bundestages zu...", so sagt das eigentlich schon genug.

Als der Präsident in dem Durcheinander der Meinungen von heftig diskutierenden Einzelgruppen im Plenum schliesslich hilflos und resignierend einfach den Saal verliess, hatte er einen neuen eklatanten Nachweis seiner Unfähigkeit zur Führung dieses gewiss schwierigen Amtes geliefert. Die Angelegenheit Köhler beginnt sich zu einem politischen Skandal auszuweiten, denn die Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen Bundespräsidenten ist offenkundig und ganz allgemein - wenn auch in ihrer Stärke verschieden. Es geht in keinem Fall länger an, aus parteipolitischem Prestige einen Mann zu halten, von dem Freund und Gegner überzeugt sind, dass er einfach nicht in der Lage ist, dieses Amt zu führen.

Wichtiger und politisch bezeichnender, aber auch noch betrüblicher, war ein anderer Vorgang. Der Antrag der SPD, 120 Mill. Mark noch vor Weihnachten für die Hausratshilfe im Wege der Vorfinanzierung

bereitzustellen, sollte nach dem Willen der CDU und der FDP in einen Ausschuss überwiesen und damit auf Eis gelegt werden. In der Begründung ihres Standpunktes erklärten die Regierungsparteien, es handle sich um einen rein agitatorischen Antrag der Sozialdemokratie. Dieser Antrag auf Ausschussüberweisung aber wurde abgelehnt und damit stand der alte, ursprüngliche sozialdemokratische Antrag über die Bereitstellung der 120 Millionen zur Diskussion, über den nach einem Zusatzantrag der Sozialdemokraten auch noch namentlich abgestimmt werden sollte. Wie peinlich. Der Bundeskanzler, der ja nach dem Grundgesetz ebenso wie jeder Minister mitabstimmt, und der das Recht hat, an der ersten Stelle des Alphabetes der Abgeordneten zu rangieren, wird aufgerufen und sagt - Ja. Und Herr Bucerius, von dem in diesem Zusammenhang das Wort von dem "sozialdemokratischen Agitationsantrag" stammte, sagt, wie alle seine Parteifreunde, ebenfalls Ja. Nur vier Abgeordnete im ganzen Haus enthalten sich der Stimme.

In der schon einmal zitierten Erklärung der FDP heisst es: "Die SPD hatte keine Veranlassung, an dem ehrlichen Willen aller Parteien des Hauses und der Regierung zu zweifeln, die Soforthilfe so schnell als möglich durchzuführen. Wenn sie trotzdem auf der übereilten Durchpeitschung ihres Antrages bestand, muss sie sich den Vorwurf gefallen lassen, dass dies vor allem aus agitatorischen Gründen geschah".

"Übereilte Durchpeitschung" - nachdem die Bedürftigsten der Bedürftigen seit einem Jahr auf die Erfüllung wenigstens eines Teiles ihrer dringendsten Ansprüche warten. Nach einer geradezu skandalösen Verzögerungstaktik in der Erledigung dieses Problems, schon zu Zeiten des seligen Wirtschaftsrates, gerade durch die Parteien, die damals wie heute regieren. Wie die Abstimmung zeigte, haben auch diese Parteien am Donnerstag nicht die Möglichkeit gesehen, sich vor der Öffentlichkeit der Zustimmung zu einer Sache zu versagen, die sie eine halbe Stunde vorher wegwerfend "Agitation" nannten. Die politische Unaufrichtigkeit, die hier zutage tritt, ist wahrhaft beschämend.

Einigungskongress ohne Saragat

 Von einem gelegentlichen Mitarbeiter in Italien.

An der für den 4. Dezember angesetzten Einigungskonferenz der italienischen Sozialisten in Florenz wird die Kerngruppe, die PSLI (Saragat) nach einem Parteivorstandsbeschluss vom 31. Oktober nicht teilnehmen. Neben den unten angeführten Gründen der Resolution warf

Saragat in seiner Rede den sogenannten Autonomisten der Romita-Silone-Gruppe vor, sich mit der britischen Labour Partei bereits über die Lösung der Triestfrage und der italienischen Kolonien verständigt zu haben. Irgendwelche Beweise dafür wurden nicht geliefert. Die Reso-

lution, welche die Nichtbeteiligung der PSLI an dem Einigungskongress fordert, wurde von der Versammlung mit 63 gegen 17 Stimmen angenommen. Am Ende wurde erklärt, dass gegen Mitglieder, die trotzdem an der Florenzer Konferenz teilnehmen sollten, organisatorische

Massnahmen ergriffen werden würden.

Die Resolution des Parteivorstandes geht davon aus, dass dem Vorstand der PSLI von dem ausserordentlichen Kongress der Partei die Aufgabe gestellt war, die Vereinigung aller jener italienischen Gruppen zu fördern, die die Grundsätze und Methoden des demokratischen Sozialismus aufrichtig akzeptieren. "Die Erfüllung dieser Aufgabe" - so heisst es - "hing natürlich von dem sozialistischen und demokratischen Charakter aller der Kräfte ab, die zu verschmelzen waren". Es wurde ein zentrales Koordinationskomitee gebildet, in welchem die verschiedenen Gruppen gleichberechtigt vertreten waren. Unter anderem billigte dieses Komitee die Organisationsbestimmungen und die gegenseitige Kontrolle für die bevorstehende Vereinigungskonferenz. Aber diese Bestimmungen wurden später von mehreren Seiten wieder angefochten. So kamen schliesslich drei verschiedene Resolutionen zustande.

In seiner ausführlichen Stellungnahme setzt sich der Vorstand der PSLI dann mit den Erklärungen der "Autonomisten" und den Unabhängigen Sozialisten auseinander. Die Erklärung wirft den erwähnten

Gruppen "doppelsinnige Formulierungen" vor, die schon vor dem Beginn der eigentlichen Bewährung um die Vereinigung Anlass zu schwerstem

Misstrauen böten. Wie berechtigt es sei, ergäbe sich vor allem aus der folgenden unverkennbar gegen die PSLI gerichteten Feststellung:

"Die Einheit würde jedoch einen neuen und vielleicht nicht wieder gutzumachenden Betrug auf Kosten der italienischen Arbeiter darstellen,

wenn sie durch den Zufluss neuer Kräfte nur eine Politik festigt, die durch das Nichtvertrauen auf die Zukunft des Sozialismus diktiert wird."

Die Saragat-Gruppe opponiert dann gegen die Art, wie nach den Methoden einer sattem bekannten suggestiven Volksbefragung Mitglieder

geworben werden. Es werden eine Reihe von weiteren Anhaltspunkten für die vollkommen unaufrichtigen Absichten angegeben, welche die bei-

den genannten Gruppen ganz offenbar mit der bevorstehenden Vereinigung verbinden. "Aus all diesen Gründen", so heisst es schliesslich, "erklärt

der Vorstand, getreu auch den bekannten, seinerzeit einstimmig angenommenen Comiso-Vorschlägen, dass die PSLI sich weigert, an einer

Konferenz teilzunehmen, die von Anfang an so stark gegen eine echte Einheit belastet sei."

Die augenblickliche Situation mache es erforderlich, dass alle Kräfte im Kampf für die Existenz des demokratischen Sozialismus in

Italien zusammenarbeiten. Um diesem dringenden Erfordernis zu entsprechen, werden dann die sozialdemokratischen Minister aufgefordert,

zurückzutreten und sich dem Vorstand für Aufgaben zur Verfügung zu stellen, die er ihnen zuweisen wird.

Dieser Rücktritt erfolgte dann bekanntlich am 31. Oktober.

- - - - -

S.P.D.-Fraktion stellt fest

sp. Die Regierungsmehrheit hat in der Bundestagssitzung am Donnerstag verhindert, dass die autorisierte Vertretung des Volkes den in Paris tagenden Aussenministern der drei Westmächte die wahren Ansichten des Volkes zu den Ausverkaufsvorschlägen der deutschen Wirtschaft zur Kenntnis brachte, die Bundeskanzler Dr. Adenauer den Hohen Kommissaren mit auf den Weg nach Paris gab.

Der Antrag der S.P.D., die Regierung zu einer Erklärung zu veranlassen und in eine aussenpolitische Debatte einzutreten, bezweckte, diesen direkten Bruch eines Versprechens der Regierung, in allen entscheidenden aussenpolitischen Fragen Parlament und Opposition zu unterrichten, loyal zu korrigieren, und den Aussenministern in Paris ein objektiveres Bild über die deutschen Vorstellungen zu vermitteln.

Es ist bezeichnend, dass im Parlament nicht eine Stimme rechts von der Sozialdemokratie für diesen Antrag zu haben war- und das muss für alle Zukunft festgehalten werden. Denn damit haben die Parteien, vom Zentrum bis zur D.R.P. die volle Verantwortung übernommen für alle Konsequenzen, die sich aus dieser falschen Unterrichtung der Aussenminister und ihre darauf basierenden Pariser Entscheidungen ergeben werden. Die Fraktion der S.P.D. gibt dazu nachfolgende Erklärung ab:

Keine Mitverantwortung der Opposition

Die sozialdemokratische Fraktion stellt fest, dass die Regierungsmehrheit im Bundestag heute mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln eine sachliche Aussprache über den deutschen Standpunkt zu den Pariser Verhandlungen verhindert hat. Durch ihr Verhalten ist es unmöglich geworden, der Öffentlichkeit des In- und Auslandes ein klares Bild über die Vorstellung der Deutschen gegenüber den Pariser Besprechungen zu vermitteln. Damit haben die Regierungsparteien eine Mitverantwortung für das Resultat der Pariser Besprechungen übernommen.

Ein letzter Versuch der sozialdemokratischen Fraktion eine solche Aussprache im Plenum des Bundestages noch für Freitagmorgen zu ermöglichen, ist an der Erklärung des Präsidenten des Bundes-

Bundestages gescheitert, dass aus technischen Gründen eine ordnungsgemässe Einberufung einer Plenarsitzung für Freitagmorgen nicht möglich sei.

Die sozialdemokratische Fraktion hat sich ausdrücklich vorbehalten, die heute vom Präsidenten des Bundestages und von der Mehrheit des Hauses angewandte Praxis, gegenüber den im Grundgesetz festgelegten Recht der Minderheit, eine frühere Einberufung des Bundestages zu verlangen, zur Gegenstand weiterer Schritte zu machen."

Nicht einmal ein Versuch zur Verständigung

sp. Fritz Heine vom Parteivorstand der S.P.D. richtete das nachfolgende Schreiben an die Chefredaktion "Die Welt" mit der Bitte um Veröffentlichung als Leserbrief:

"In Ihrem Leitartikel "Konferenz und Zwischenfall" Nr. 190 vom 10.11.1949 bedauern Sie die aussenpolitische Meinungsverschiedenheit der beiden grossen Parteien.

Es wäre zweifellos wesentlich und den Tatsachen näherkommend gewesen, wenn Sie Ihr Bedauern auf die eigentliche Ursache für diesen Zwischenfall ausgedehnt und Sie erwähnt hätten:

Der Bundeskanzler hat sein festes Versprechen gebrochen, das Parlament und die Opposition über derartige entscheidende aussen-

politische "Anregungen" vorher zu unterrichten. Er hat nicht einmal den Versuch gemacht, die ihm bekannten Meinungsverschiedenheiten

zwischen seiner Politik und der Meinung der Opposition durch eine Vorbesprechung zu mildern. Es sollte zu den Aufgaben gerade jener

Zeitungen, die mit dem Gesicht nach draussen stehen wollen, gehören, Tatsachen, wie diese, nicht zu umschreiben, sondern zu nennen.

Das Ostbüro der SPD teilt mit:Neue Regierung in Halle

Die Regierung Sachsen-Anhalt hat erneut eine Umbildung erfahren. Der Sozialminister Dr. Leo Herwegen (CDU) musste dem noch russenhörigsten CDU-Fraktionsvorsitzenden Leopold Beckor Platz machen. Dr. Herwegens Fraktion als Abgeordneter wurde vom Plenum des Landtags "einstimmig" aufgehoben. Er wurde inzwischen verhaftet. Der Posten des Finanzministers, bisher Ministerpräsident Bruschke (SEF), wurde an Ministerialdirektor Dr. Kurwisch (CDU) gegeben, ein neues Ministerium für Verkehr mit Oberregierungsrat Rühle (FDP) besetzt. Justizminister Dr. Damerow (LDP) ist neben Innenminister Sievert (SEF) zum stellvertretenden Ministerpräsidenten gewählt worden.

Nachfolger Lieutenants

Landesverband und Landtagsfraktion der LDP in Brandenburg haben den Landesverbandsvorsitzenden Ingo von Körber zum Nachfolger des zurückgetretenen Finanzministers Lieutenant vorgeschlagen.

Uranbergarbeiter revoltieren

Auf einem zwischen Zwönitz und Aue verkehrenden Bergarbeiterzug wurde von einem Bergarbeiter eine Sprengkapsel geworfen. Sie explodierte, als einer der Bergarbeiter sie wieder zum Fenster hinauswerfen wollte. Der FDGB-Vorsitzende Roman Chwalek erschien daraufhin persönlich im Uranbergbaugebiet und kündigte durchgreifende "Massnahmen" an.

Täglich Unglücksfälle im Uranbergbaugebiet

Im Gebiet von Schneeberg wurden an einer Einsturzstelle über 25 Bergarbeiter verletzt geborgen. Alle Verletzten wurden in das bereits überbelegte Krankenhaus der Wisnuth A.G. in Stollberg eingeliefert. Die Zustände im Krankenhaus sind katastrophal, da auf Anordnung des Personalchefs Major Archipoff (NKWD) während der letzten Wochen geschultes Krankenhauspersonal wegen "Sabotage" entlassen werden musste. Das verbliebene Hilfspersonal ist den Aufgaben nicht gewachsen.

Volkspolizistoffiziere lernen russisch

Unter Leitung des Ritterkreuzträgers und "Volks"polizistretes Weltz werden auf Schloss Sonnenstein in Pirna Volkspolizistoffiziere herangebildet. Die Schule ist z. Zt. mit 12 Kompanien Volkspolizei belegt. Neben der infanteristischen Ausbildung erhalten die Schüler russischen Sprachunterricht.

Genosse Werkzeugmacher

"Justizminister" Max Fechner erklärte in Mouschwitz/Sa., er sei von Beruf Werkzeugmacher und werde der Justiz Werkzeuge liefern, die die Grundlage für die "Herrschaft der Werktätigen in ganz Deutschland" bilden würden.